

Fortschritt und Regression in der Weltordnung
im Lichte theoretischer Leitperspektiven der Internationalen Beziehungen

von

Gert Krell

Vortrag mit Diskussion im Rahmen des Seminars
„Staatenanarchie und globale Rechtsordnung: Widerspruch oder Co-Evolution?“
unter Leitung von Lothar Brock und Hendrik Simon

6. Mai 2019, 16-18 Uhr in der Goethe-Universität Frankfurt am Main

(erweiterte Fassung vom 11. Mai 2019)

1. Fragestellung und Methode

Mit meinem Beitrag verfolge ich eine ähnliche Fragestellung wie Lothar Brock und Hendrik Simon in ihrem kommenden Sammelband „The Justification of War and International Order: From Past to Present“, nämlich die Frage nach den Chancen für eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen und der Weltordnung.¹ Dabei definiere ich Weltordnung allerdings eher normativ im Sinne der Friedens- und Konfliktforschung als eine gute Ordnung, die Grundvoraussetzungen für Koexistenz gewährleistet und so ermöglicht, dass die meisten Menschen in Frieden leben können und darüber hinaus ihr Auskommen haben.

Um die Frage nach dem Fortschritt beantworten zu können, diskutieren Simon, Brock und ihre MitautorInnen Beiträge der politischen Theorie und des Völkerrechts zur Legitimation von Kriegen und überprüfen sie die Entwicklung ihrer realhistorischen Begründungen. Ich gehe ganz anders vor und verwende fünf theoretische Leitperspektiven in den IB, die das neuzeitliche Fortschrittsdenken auf unterschiedliche Weise organisieren und repräsentieren.² Alle fünf Leitperspektiven kritisieren dieses Denken zugleich, indem sie sich von ihren jeweiligen Konkurrenten abgrenzen und die realen Verhältnisse auf unterschiedliche Fortschrittsdefizite hin analysieren. Die Hauptdifferenz zwischen ihnen besteht in ihrer Einstellung zu den grundsätzlichen Möglichkeiten des Fortschritts. So hält zwar auch der *Realismus* in den IB die Einhegung von Gewalt und anderen Gefahren für den Zivilisationsprozess prinzipiell für möglich, dauerhaften und kontinuierlichen Verbesserungen der Weltlage stehen nach Auffassung einer zentralen Variante des Realismus in den IB jedoch die Machtlust oder die Unvernunft „des“ Menschen überhaupt oder doch zu vieler konkreter Menschen im Wege.³

Drei andere Leitperspektiven, nämlich den *Liberalismus*, den *Marxismus* und den *Feminismus* behandle ich als Varianten des Idealismus, dem übergeordneten Widerpart des Realismus, weil sie wenn auch nicht auf eine lineare, so doch auf eine durchgängige Verbesserung der Chancen für Frieden, Wohlfahrt und Gerechtigkeit in der Welt setzen: im Liberalismus durch

¹ Der Band erscheint im Herbst dieses Jahres.

² Eine ausführliche Fassung mit Belegen ist unter dem Titel *Weltordnung oder Weltunordnung: Theoretische Leitperspektiven in den Internationalen Beziehungen* in der Zeitschrift für Politik (66:1, März 2019, S. 4-33) erschienen. Für die vorliegende Kurzfassung habe ich den Akzent der Fragestellung etwas verändert. Ein Teil des Materials in beiden Texten, der Kurz- wie der Langfassung, stammt aus Gert Krell/Peter Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 5. Aufl., Baden-Baden 2018. In Kap. 8 thematisieren wir dort auch den Institutionalismus, den ich hier aussparen muss. Als ein besonders eindrucksvolles Beispiel aus dieser Leitperspektive wäre die Studie von Andrew Linklater zu nennen: *Violence and Civilization in the Western States-Systems*, Cambridge 2016.

³ Da es mehrere Varianten des Realismus gibt, möchte ich darauf hinweisen, dass ich mich hier an Richard Ned Lebow, *The Tragic Vision of Politics: Ethics, Interests, and Orders*, Cambridge/New York 2003, orientiere. Zum Realismus insgesamt vgl. Krell/Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung*, Kap. 5 und 6.

Demokratisierung und Freihandel, in weiten Teilen des Marxismus nach wie vor durch eine neue Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus, im Feminismus durch die Emanzipation der Frauen und die Herstellung von Gleichberechtigung und Gleichwürdigkeit der Geschlechter. Auch die *Politische Psychologie*, meine fünfte theoretische Leitperspektive, steht in der progressiven Tradition des Humanismus und der Aufklärung. So will sie durch Analysen irrationalen Verhaltens dazu beitragen, kluge politische Entscheidungen zu fördern und Gewalt oder Selbstschädigungen zu vermeiden. Aber auch sie setzt sich in besonderer Weise mit den Grenzen menschlicher Rationalität und Humanität auseinander, und insofern liegt sie zwischen Realismus und Idealismus.

2. Fortschritt und Regression im Lichte theoretischer Leitperspektiven in den IB

2.1 Donald Trump und der Realismus

Seriöse Realisten sind gerade keine Zyniker der Macht oder gar des Krieges, ganz im Gegenteil: Wenigstens zeitweise einigermaßen menschliche und friedliche Verhältnisse haben für sie einen sehr hohen Stellenwert. Dieses Ziel lässt sich aber nur mit maßvoller und verantwortungsbewusster Politik verwirklichen, die Machtfragen in Rechnung stellt, sich aber zugleich an ethischen Maßstäben orientiert. Für Realisten wäre Donald Trump damit ein geradezu klassischer Beleg für ihr eher pessimistisches Weltbild. Denn Machtarroganz, mangelnde Rationalität von Entscheidungsprozessen oder Missachtung moralischer Konventionen sind zu allen Zeiten verbreitete Gefahren für gute und stabile Ordnung. Wollte man Donald Trump unbedingt IB-theoretisch zuordnen, dann vielleicht einem voluntaristischen und amoralischen Pseudorealismus, für den die Ausübung persönlicher Macht absoluten Vorrang hat, aus der sich im günstigen Fall „Deals“ ergeben.

Für die *Analyse* des Phänomens Donald Trump könnten Realisten auf die Politische Psychologie verweisen. Dass Trump ein hochgradiger Narzisst und ein notorischer Lügner ist, sieht man freilich auch so. Der Frankfurter Psychologe Martin Altmeyer hat außerdem daran erinnert, dass Donald Trump ja nicht trotz, sondern *wegen* seiner bizarren Persönlichkeit gewählt wurde. Sollten sich also kritische Analysen nicht auf die Frage konzentrieren, warum sich so viele Menschen nach einem Staatsoberhaupt mit autoritärem Führungsstil und einfachen Antworten sehnen und sich immer wieder von Verschwörungstheorien verführen lassen? Damit aber würde Trump nicht nur zu einer Bestätigung für den ohnedies skeptischen Realismus, sondern zugleich eine Herausforderung für den Liberalismus, der auf den mündigen Bürger und dessen Abneigung gegen Gewalt setzt; oder auch für den Marxismus, denn Trump bleibt mit seinen die Zukunft des US-Kapitalismus gefährdenden Maßnahmen deutlich unterhalb der

üblichen Rationalität liberalkapitalistischer Hegemonie. Feministinnen sehen im amerikanischen Präsidenten zu Recht einen klaren Beweis für die Kritikwürdigkeit fragwürdiger Varianten von Männlichkeit; sie müssen sich aber auch damit auseinandersetzen, dass ihn 2016 nicht nur die Mehrheit der weißen Männer, sondern auch der weißen Frauen gewählt hat.

2.2 *Liberalismus: Frieden und Wohlfahrt durch Demokratie und Freihandel*

Die am Fortschritt orientierte Perspektive des Liberalismus wird von einem optimistischen Menschenbild getragen; jedenfalls gilt der Mensch als aufklärungs- und lernfähig. Freiheit, das Recht auf Eigentum und Partizipation sowie Wohlstand, Glück und Frieden stehen im Zentrum der Zielsetzungen des Liberalismus. Von daher rührt sein Interesse an Demokratisierung, von der er eine friedensfördernde Wirkung erwartet.

2.2.1 Demokratischer Frieden und demokratischer Krieg

Die liberale Friedenstheorie hat ihre euphorischen Anfänge, denen zufolge Demokratien keine Kriege führten, freilich schon seit längerem hinter sich gelassen. Immerhin kann sie sich den »demokratischen Separatfrieden« zugutehalten: Demokratien führen in der Tat so gut wie keine Kriege gegeneinander, eine vor dem Hintergrund der neuzeitlichen Geschichte in Europa bedeutende Errungenschaft. Aber Demokratien führen Kriege gegen Nicht-Demokratien, und zwar keineswegs nur zur Verteidigung. Hier ist an die Kriege im Kolonialisierungs- und Entkolonialisierungsprozess zu erinnern oder an Kriege aus jüngerer Zeit ohne hinreichend rationale sicherheitspolitische Begründung wie den Irak-Krieg oder die Libyen-Intervention. Und unterhalb der Kriegsschwelle haben Demokratien wiederholt Regierungen anderer Länder unterminiert, darunter auch demokratisch gewählte.

Die liberale Friedenstheorie ist auch vorsichtiger geworden in der Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger. Wie Franz Walter, ein Experte für Demokratieforschung, gezeigt hat, kann sogar die ganze Zivilgesellschaft zu einer Gefahr für die Demokratie werden. Zur Entzivilisierung kommt es nicht nur bei den »üblichen Verdächtigen«, sondern vielfach auch bei besser Gestellten und sogenannten Gebildeten. Walters betrübliches historisches Beispiel dafür ist der Antisemitismus in der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik. Getragen wurde er von Pfarrern, Lehrern, Professoren und Studenten. Heute geben in vielen Demokratien populistische Tendenzen zu Bedenken Anlass, wobei die breite Kategorie des Populismus sehr unterschiedliche Erscheinungsformen der politischen Artikulation umfasst. Das reicht von weltanschaulich bedingten Vorbehalten gegen die pluralistische Moderne bis zu legitimer Kritik an konkreten Zumutungen des gegenwärtigen Kapitalismus oder der Globalisierung. Freilich wird diese Kritik oft bis zur Selbstschädigung verbogen oder mischen sich in Protest

und Polarisierung tieferliegende unaufgeklärte oder auch gezielt inszenierte Emotionen, Vorurteile und Verdächtigungen.

2.2.2 Wohlfahrt durch Marktwirtschaft und Freihandel

Dass die weltwirtschaftliche Entwicklung in den letzten zweihundert Jahren aus einer liberal-kapitalistischen Perspektive trotz vieler Brüche durchaus erfolgreich verlaufen ist, lässt sich nicht pauschal bestreiten. Unabhängig von der marxistischen Grundsatzkritik oder aktuellen politischen Scheinkontroversen über Kapitalismus versus Sozialismus nimmt die liberale IB-Theorie selbst Widersprüche und Defizite des marktwirtschaftlichen Modells in den Blick.⁴

Einige Probleme der liberalen Weltwirtschaftsordnung lassen sich gut am Beispiel der Schokolade studieren. 70 Prozent der Erlöse aus dem Verkauf einer Tafel Schokolade gehen in den Handel und die Weiterverarbeitung in den Industriestaaten, nur sechs Prozent fließen zurück in die Erzeugerländer; bei den Kakaobauern landet etwa ein Prozent. Sinken die Preise, versuchen die Bauern, die Produktion (und die Selbstaussbeutung) zu erhöhen, mit der Konsequenz, dass die Preise weiter sinken. Bei vielen anderen Naturprodukten aus Entwicklungsländern sieht es nicht wesentlich günstiger aus; gerade die deutschen Supermarktketten schneiden als Importeure bei der Beachtung der Menschenrechte schlecht ab. So liegt bei 12 landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Marokko, Thailand oder Südafrika die Entlohnung der Kleinbauern und Arbeiter häufig unter dem Existenzminimum. In diesem Zusammenhang wäre freilich auch die teilweise sklavenähnliche Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in den entwickelten Marktwirtschaften selbst zu diskutieren.

Unter Entwicklungsgesichtspunkten kommt hinzu, dass in vielen Erzeugerländern immer noch zu wenig Weiterverarbeitung stattfindet; ein großes Problem vor allem, aber nicht nur in Afrika. Wahrscheinlich ist nachholende Entwicklung, wie der nationalliberale Unternehmer und Intellektuelle Friedrich List schon im 19. Jhd. argumentiert hat, nur durch die Förderung aller „produktiven Kräfte“ (dazu gehören auch Bildung und gutes Regieren) und eine Mischung aus Schutz für die junge einheimische Industrie und Öffnung zum Weltmarkt möglich – ohnehin eine Gratwanderung. Freilich unterschätzt oder verleugnet die liberale Praxis gerne die Machtkomponente in ihrer Außenwirtschaftspolitik. So haben die sogenannten entwickelten Länder jahrzehntelang den Freihandel gepredigt, jedoch ihre eigenen Agrarprodukte heftig

⁴ Wie Gerd Koenen zeigt, unterschätzen beide Seiten in der sehr unzulänglichen aktuellen deutschen Kontroverse die Komplexität der Lage. Gerade mit Blick auf China gehe es doch längst nicht mehr um einen (immer schon) überzogenen Modell-Gegensatz zwischen Sozialismus oder Kapitalismus, Marktwirtschaft oder Kollektivierung, sondern „um gegensätzliche Zivilisationsentwürfe, die mit den Kriterien einer bloßen ökonomischen Effizienz nicht zu bemessen sind und nicht einmal mit denen eines wachsenden Wohlstands.“ Gerd Koenen, *Im Motorwerk des Sozialismus*, Die ZEIT vom 9. Mai 2019, S. 47.

subventioniert und auf diese Weise nicht nur die Exportchancen afrikanischer Produzenten verringert, sondern auch noch deren heimischen Märkte niederkonkurriert.

2.3. *Marxismus: Kritik der Ausbeutung von Mensch und Natur*

Der Marxismus ist einerseits eine Art Realismus, denn im Zentrum seines Weltbildes steht die Kritik an Macht, vor allem wirtschaftlicher Macht, die auf die Politik zurückwirkt oder von ihr abgesichert wird. Dabei geht es nicht nur um Machtasymmetrien, sondern auch um Macht über Menschen, die sich aus Produktionsverhältnissen, vor allem aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln ergibt. Andererseits ist auch der Marxismus ein Idealismus, weil er in den von ihm so scharf kritisierten Verhältnissen Voraussetzungen für eine andere Welt der Freiheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit zu erkennen glaubt. Trotz der problematischen Bilanz sozialistischer Gesellschaften setzen viele Marxisten weiterhin auf eine neue Weltordnung jenseits des Kapitalismus.

Aus der neomarxistischen Perspektive des Münchner Soziologen Stephan Lessenich liegt das Kernproblem der Weltwirtschaft in der Verlagerung bzw. im Export von Kosten und Lasten des Fortschritts; Kosten, die entstehen würden, wenn man bestimmte Sozial- und Arbeitsstandards sowie Auflagen zum Schutz der Umwelt »einpreisen« würde.⁵ An diesen Kosten kommt der Kapitalismus in den entwickelten Industriestaaten nicht mehr so einfach vorbei; im Süden kann er sie jedoch weiterhin großzügig externalisieren, das heißt z.B. durch Ausbeutung der Lohnarbeiter einsparen. Auch die ökologischen Kosten der Produktion werden dem Süden aufgehalst: entweder durch die Auslagerung von umweltbelastenden Herstellungsverfahren, den Export von umweltschädlichen Abfällen aus der eigenen Produktion oder den Import von durch die ökologische Externalisierung im Süden künstlich verbilligten Gütern. Die zweite Seite der ungleichen ökologischen Externalisierung besteht im immer noch deutlich größeren Fußabdruck, den die entwickelten Industriestaaten in Form von Umweltbelastungen selbst verursachen bzw. dem Planeten Erde schon hinterlassen haben.

Als Beispiel für diese Zusammenhänge wählt Lessenich die asymmetrische Lastenverteilung beim Anbau und der Nutzung von Soja. Was bei ihm allerdings fehlt, ist ein nicht unwichtiges Ungleichgewicht zu Lasten der Importländer: Die Gülle der mit Soja aus Südamerika in Deutschland gemästeten Tiere bleibt nämlich hier; sie landet als Nitrat im Grundwasser, hauptsächlich in Niedersachsen, der Hochburg der Massentierhaltung. Nach jüngsten Bewertungen der EU sind dort nur noch 41 Prozent des Grundwassers in einem guten Zustand; eine

⁵ Stephan Lessenich, *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Berlin 2016.

Zeitbombe, wie ein international anerkannter Experte für Nutztierernährung sagt, der die Globalisierung der Nahrungsmittelproduktion für einen Irrweg hält. So einfach ist es also nicht mit dem Nullsummenspiel zwischen Nord und Süd: die einen gewinnen das, was die anderen verlieren. Das zeigen auch die Allianzen zwischen den multinationalen Konzernen und den Eliten im Süden, die bei Lessenich ebenfalls zu kurz kommen. Zu diesem Thema hat ein afrikanisches Journalistenkollektiv im Oktober 2017 eine Studie vorgestellt, die zeigt, wie Machthaber aus sieben afrikanischen Staaten Verbindungen mit großen Firmen oder »Raubrittern« aus aller Welt eingehen, um ihre Länder zum eigenen Vorteil auszubeuten. Die einheimischen Eliten hätten sich in eben jene koloniale Plündermaschine verwandelt, die sie nach der Unabhängigkeit ihrer Staaten ersetzt haben.

Die negative Spiegelung der Untaten »des Nordens« durch Idealisierung »des Südens« entwertet auch die Kritik politischer Aktivisten an den Verhältnissen in ihren eigenen Ländern. So haben gewiss die USA in Mittel- und Südamerika häufig eine gedeihliche Entwicklung behindert. Aber sie für die aktuelle Katastrophe in Venezuela unter dem mafiotischen Maduro-Regime oder für die gegenwärtige Misere in Nicaragua verantwortlich zu machen, wäre absurd. In Nicaragua skandieren die Studierenden, die auf die Straße gehen, um gegen die autoritäre Herrschaft des Familienclans Ortega zu demonstrieren: »Daniel y Somoza son la misma cosa«. Daniel Ortega, dessen sandinistische Bewegung 1979 nach mehreren Jahren Bürgerkrieg den von den USA unterstützten Diktator Somoza gestürzt hatte und der einer der Helden meiner 68er Generation war, ist zum Ebenbild seines einstigen Feindes geworden.

2.4 *Feminismus: Männer und Frauen – Gewalt und Frieden*

Feministinnen argumentieren, die männlich dominierte Sozialwissenschaft habe in ihren Analysen systematisch eine Hälfte der Menschheit und deren Benachteiligung bei den Lebenschancen übersehen. Durch die Asymmetrien zwischen den Geschlechtern entstünde nicht nur gewaltiges Unrecht, sondern komme es auch zu enormen Kosten für die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung. Es gehe also nicht nur um die Frage, wie Frauen diskriminiert werden, sondern auch wie die Geschlechterverhältnisse mit den großen Themen der internationalen Politik wie Wohlfahrt, Krieg und Frieden zusammenhängen. So findet sich bei Katrine Marcal in ihrem Buch mit dem Titel *Machonomics* z.B. die nicht unplausible These, dass uns die letzte große Finanzkrise vielleicht erspart geblieben wäre, wenn Lehman Brothers Lehman Sisters gewesen wäre. Bekanntlich sind Männer, besonders unter Konkurrenzbedingungen, auch bei großen Risiken leichtsinniger als Frauen. Nun war aber ein Finanzchef von Lehman Brothers gar kein Mann, sondern eine Frau, also eine *Finanzchefin*. Erin Callan hat alle hals-

brecherischen Entscheidungen ihrer männlichen Kollegen mitgemacht, die nicht nur zum Bankrott ihrer Bank geführt, sondern auch dazu beigetragen haben, Millionen unschuldige Menschen ins Unglück zu stürzen, ohne dass diese Finanzjongleure für ihre teilweise offen illegalen Aktivitäten jemals zur Rechenschaft gezogen worden wären. Aber mit dem Hinweis auf eine wirtschaftlich aggressive Frau unter lauter wirtschaftlich aggressiven Männern ist das Thema natürlich nicht erledigt.

Trotz aller emanzipatorischen Fortschritte bleibt die alltägliche Gewalt gegen Frauen eine der großen Menschheitskatastrophen, weil sie nicht nur im übertragenen, sondern auch im wörtlichen Sinne alle Grenzen überschreitet: Länder und Kontinente, Klassen, Kulturen, politische Regime. In den USA wird ein Drittel aller weiblichen Mordopfer von ihren männlichen Partnern umgebracht, der umgekehrte Fall betrifft nur drei Prozent. Der Hauptgrund für die Notaufnahme von Frauen im Krankenhaus sind tätliche Angriffe ihrer Intimpartner. Nur sechs Prozent der amerikanischen Frauen, die bei der Arbeit sexuell belästigt werden, geben eine Beschwerde zu Protokoll. Dafür haben sie gute Gründe, denn 75 Prozent der Frauen, die sich beschweren, bekommen dadurch Schwierigkeiten. Leider ist es in Deutschland nicht prinzipiell besser, auch hier ist häusliche Gewalt die häufigste Ursache für Verletzungen bei Frauen, und bis 1997 war Vergewaltigung in der Ehe nicht strafbar. In Japan erstatten laut einer Studie der Regierung nur 4,3 Prozent der Opfer sexueller Gewalt eine Anzeige; das Risiko zusätzlicher Anfeindungen ist den anderen zu groß. In Frankreich führen 93 aller Anzeigen wegen sexueller Belästigung nicht zu strafrechtlicher Verfolgung. In Mexiko erleiden einer Umfrage von 2016 zufolge 43,9 Prozent der Frauen Gewalt vonseiten ihrer Partner, und jeden Tag werden sieben bis zwölf Frauen ermordet.

In Indien fehlten einem Bericht der Weltbank zufolge noch 2003 gegenüber der normalen biologischen Relation zwischen den Geschlechtern 2,2 Millionen Frauen; in erster Linie aufgrund von Mord, Gewalt und grober Diskriminierung bei Ernährung und medizinischer Versorgung. Was China angeht, so spricht ein Experte von einer historischen Tradition tiefsitzender Misogynie, die auch die Revolution trotz der rechtlichen Gleichstellung der Frauen nicht beseitigt habe. Im April 2018 war in der Presse zu lesen, dass Studierende der Peking-Universität, der besten und berühmtesten Hochschule des Landes, eine Wandzeitung gegen sexuelle Belästigung aufgehängt haben, in der sie Aufklärung über den Selbstmord einer Studentin fordern. In Nordkorea ist sexuelle Gewalt durch die Mächtigen einschließlich kleiner Staatsbediensteter offenbar weit verbreitet; von den Opfern wird sie häufig als »Teil der normalen Lebenswirklichkeit« wahrgenommen. In Russland wird die körperliche Züchtigung der Kin-

der und »moderates Schlagen« der Ehefrauen immer noch weithin als normal angesehen, auch von staatlicher und kirchlicher Seite. Hier hat das Parlament im Januar 2017 sogar ein Gesetz verabschiedet, mit dem bestimmte Formen häuslicher Gewalt von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft wurden.

Angesichts solch gravierender Befunde könnte man sogar von einem »Krieg der Männer gegen die Frauen« sprechen. Kann man denn von Frieden reden, wenn so viele Frauen auch in Gesellschaften, die in keinen Krieg verwickelt sind, um ihre Sicherheit, ja ihr Leben fürchten müssen? Eine zweite Dimension betrifft die demokratische Friedenstheorie. Hier ist zu prüfen, ob der Liberalismus an der Kategorie des demokratischen Friedens festhalten kann, wenn die Differenz zwischen dem äußeren Frieden und der organisierten Friedlosigkeit in den Geschlechterbeziehungen auch in Demokratien eklatante Ausmaße annimmt. So landeten die beiden größten Demokratien in einer weltweiten Umfrage von 2018 unter fast 550 Fachleuten auf der Liste der zehn für Frauen gefährlichsten Länder: Indien auf Platz 1 und die USA auf Platz 10. (Auf Platz 2 bis 9 liegen weit überwiegend islamisch oder arabisch geprägte Staaten. Die für Frauen gefährlichste Stadt in der ganzen Welt ist dieser Umfrage zufolge Kairo.) Eine dritte Dimension geht in den Bereich der Kriegsursachen: Theoretische Überlegungen und empirische Forschungen deuten darauf hin, dass Gesellschaften mit geringem Gewaltniveau in den Geschlechterverhältnissen, in denen Männer und Frauen gleichberechtigt sind, nicht nur gerechter und gewaltärmer, sondern auch nach außen friedlicher sind.

Auf die Frage, ob die Staatenkriege nur geschlechtsspezifisch organisiert werden oder ob auch sie eine Konsequenz der Geschlechterverhältnisse sind, bietet selbst der Feminismus jedoch keine eindeutige Antwort. Frauen sind an Eroberungskriegen wie an Kriegen zur Verteidigung direkt und indirekt beteiligt. Unabhängig von der Legitimität von Kriegshandlungen finden sich sowohl Belege für Komplementarität und Arbeitsteilung als auch für die Aufladung von Kriegen mit geschlechtsspezifischen Inszenierungen: vom »gerechten Krieger« und der »schönen Seele« bis hin zu organisierter sexueller Gewalt gegen Frauen.

Es gibt signifikante Asymmetrien zu Lasten der Frauen, aber Frauen sind als Gewalttäterinnen, Gewaltphantasieurinnen, Gewaltassistentinnen und Gewaltclaqueurinnen auf vielfältige Weise an der Herrschaft der Männer beteiligt. Männer *und* Frauen sind zur Gewalt fähig und in Gewaltverhältnisse dem eigenen wie dem anderen Geschlecht gegenüber eingebunden. Da bleibt viel Raum für die Zivilisierung beider Geschlechter.

2.5 *Politische Psychologie: Grenzen menschlicher Rationalität*

Wie die kognitive Psychologie gezeigt hat, unterliegt die Verarbeitung von Informationen Selektionsmechanismen, die zu schwerwiegenden Fehlwahrnehmungen führen können.⁶ Zu den Faustregeln der Intuition gehört z.B. die Verfügbarkeit, Anschaulichkeit und Abrufflüchtigkeit auffälliger Ereignisse, deren Häufigkeit oft überschätzt wird. Das gilt etwa für terroristische Attentate, die durch die mediale Spiegelung und die öffentliche Debatte geradezu »Verfügbarkeitskaskaden« hervorrufen – genau das, was die Terroristen wollen. Viele nicht-rationale Einflüsse prägen freilich auch das menschliche Reflexions- und Urteilsvermögen: Emotionen, Vorurteile, verfestigte Einstellungen. Grundsätzlich vertrauen Menschen mehr den Informationen, die zu ihren eigenen Ansichten passen. Das nennt man den »confirmation bias«, die Tendenz nur das für wahr zu halten, was man gerne hören möchte. Auch die Wissenschaft hat ihre Blindstellen. Besonders beunruhigend ist eine Tendenz sowohl bei Entscheidungsträgern als auch bei einfachen Bürgerinnen und Bürgern, das Engagement für ein riskantes Projekt auch dann noch zu verstärken, wenn schon klar ist, dass es wahrscheinlich scheitern wird. Irritierend ist dabei vor allem der Sachverhalt, dass sogar gravierende Risiken, über die sie sich eigentlich voll im Klaren sind, aus ihrem Blickfeld geraten, wenn sie schon viel in den einmal eingeschlagenen Weg investiert haben. Als dramatische Beispiele seien hier der Erste Weltkrieg oder der Irak-Krieg genannt.⁷

Rationale Entscheidungsprozesse setzen voraus, dass Leitungsfiguren eine offene Diskussion ermutigen, sich tolerant gegenüber abweichenden Meinungen zeigen und alternativen Informationen und Deutungen Raum geben, sie eventuell sogar einwerben, indem sie Experten von außen hinzuziehen, so wie das Präsident John F. Kennedy in der kubanischen Raketenkrise 1962 getan hat; nicht zuletzt deswegen, weil er aus dem Fiasko der »Schweinebucht-Affäre« gelernt hatte, einem von den USA gesteuerten und kläglich gescheiterten Versuch, das Castro-Regime militärisch zu stürzen. Im Unterschied zu anderen Mitgliedern seines Krisenstabes, die sofortige militärische Gegenmaßnahmen gegen die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba verlangten, hat sich der Präsident trotz des Entscheidungsdrucks, unter dem er stand, auf eine seriöse Risikoanalyse eingelassen und versucht, sich in seinen Gegner, den sowjetischen Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow, hineinzusetzen.

⁶ Auf andere methodische Zugänge etwa in der Sozialpsychologie oder in der Psychoanalyse kann ich hier nicht eingehen; vgl. dazu aber Krell/Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung*, Kap. 12 (Politisch-psychologische Theorien).

⁷ In der englischsprachigen Forschung wird gerne der Ausdruck „entrapment“ für solche selbst verursachten Engführungen von Handlungsalternativen verwendet. Die Verdrängung von Risiken wird dabei häufig von Machtarroganz gestützt. Ein aktuelles Beispiel aus der Industrie wären die Manipulationen der Abgaswerte bei VW/Audi im Rahmen der „Clean Diesel“-Strategie.

3. Bilanz

3.1 Zur Bedeutung perspektivischen Denkens und Vergleichens in den IB

Perspektivisches Denken und Vergleichen in den IB hat sowohl ergänzende als auch korrigierende Funktionen. Das bezieht sich nicht nur auf das fruchtbare Spannungsverhältnis zwischen Realismus und Idealismus, sondern auch auf die idealistischen Weltbilder untereinander. Die verschiedenen Leitperspektiven ergänzen sich, weil sie nicht nur unterschiedliche Sichtweisen repräsentieren, sondern auch eigene inhaltliche Schwerpunkte setzen. Außerdem gleichen sie ihre jeweiligen Schwächen aus. So neigt der Liberalismus dazu, die zweifellos vorhandenen positiven Eigenschaften demokratischer Gesellschaften oder der Märkte und des Freihandels zu überschätzen, und der Marxismus oder der Feminismus idealisieren häufig die Benachteiligten oder Unterdrückten und schieben alle Weltprobleme auf »den Kapitalismus« oder »das Patriarchat«. Der Realismus gießt Wasser in den Wein dieser drei idealistischen Leitperspektiven, die Politische Psychologie kommt beiden Seiten zu Hilfe.

3.2 Fortschritt und Regression in der Weltordnung: Ergänzungen und Zusammenfassung

Wir müssen davon ausgehen, dass das chronische Risiko eines Nuklearkrieges zwar nach wie vor gering, aber wieder leicht gestiegen ist. So gilt es neben der Krise der Rüstungskontrolle zu bedenken, dass die drei größten Nuklearmächte heute von ausgesprochenen Machtmenschen regiert werden. Auf welchem erbärmlichen maskulinistischen Niveau sich Donald Trump bewegt, der wohl immer noch mächtigste Mann der Welt, zeigt sein Tweet mit der Aussage, sein „nuclear button“ sei „much bigger and more powerful“ als der von Kim Jong-un. Wie die kubanische Raketenkrise gezeigt hat, ist auch ein direkter Nuklearkrieg zwischen Großmächten grundsätzlich nicht auszuschließen. Das größere Risiko liegt zurzeit aber wohl eher in einer ungewollten, aber nicht ausreichend vorgebeugten Eskalation regionaler Konflikte etwa in Ost-, Südost- und Südasiens oder im Nahen und Mittleren Osten bis auf die Ebene globaler Hegemonialkonkurrenz.

Was die Weltwirtschaft angeht, so warnen Experten vor einer weiteren Ausbreitung protektionistischer Maßnahmen und vor unzulänglich eingehegten Risiken in der Geld- und Finanzpolitik (anhaltend hohe private und öffentliche Verschuldung) sowie auf den Finanzmärkten (Stichwort Schattenbanken). Bei den Migrationsbewegungen wird das immer noch dramatisch hohe Bevölkerungswachstum in Afrika den Druck auf die EU, die jetzt schon in der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen und Migranten an die Grenzen ihrer Entscheidungsfähigkeit und teilweise sogar ihrer demokratischen Substanz gerät, weiter erhöhen.

Insgesamt hat sich in den letzten Jahren der lange Zeit positive Trend sowohl bei der Entwicklung von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung als auch bei den Menschen- und Bürgerrechten umgekehrt. So hat sich der Freiheits-Index seit 2006 bei 113 Ländern verschlechtert und nur bei 62 verbessert. Als besonders gravierend ist dabei festzuhalten, dass China und Russland ihren antidemokratischen Einfluss vergrößert und die USA sich von ihrer traditionellen Rolle als Fürsprecher der Demokratie verabschiedet und selbst einen Niedergang amerikanischer politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte eingeleitet haben.

Die größte Gefahr für die Weltordnung geht aber wahrscheinlich vom Klimawandel aus. Die Menschheit ist an einem Punkt angelangt, an dem selbst die größten Bemühungen wohl nicht mehr ausreichen werden, um ein Abgleiten des Weltklimasystems ins Chaos zu verhindern. Denn trotz vieler technischer und politischer Erfolge kann von einer radikalen Umkehr keine Rede sein: Die globalen CO₂-Emissionen haben 2018 wieder einen neuen Rekordwert erreicht, die Erde befindet sich weiterhin auf einem stabilen Pfad Richtung drei (oder sogar vier) Grad Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts. Klima-Experten warnen, dass alles, was man sich an dramatischen und bedrohlichen Zerstörungen vorstellen könne, schon in wenigen Jahren weit übertroffen werde.

Psychologen argumentieren allerdings, wir Menschen neigten dazu, die Welt zu negativ zu sehen. In der Regel verarbeiten wir schlechte Nachrichten intensiver, sie beeinflussen unser Weltbild stärker als gute. Der Negativitätsbias wird von den Medien verstärkt, denn »bad news« erregen mehr Aufmerksamkeit als »good news«. Auch wenn man es angesichts der täglichen Nachrichten und der von mir vorgestellten Befunde nicht glauben mag: wir leben in der friedlichsten, wohlhabendsten und aufgeklärtesten Zeit der Menschheitsgeschichte! Das dokumentieren mit langfristigen Datenreihen abgesicherte Untersuchungen von Experten aus verschiedenen Disziplinen. So wurden in den alten Agrargesellschaften etwa 15 Prozent aller Todesfälle durch menschliche Gewalt verursacht, heute sind es weniger als 1,5 Prozent. Zwischen 1500 und 1750 haben die Großmächte fast jedes Jahr untereinander Krieg geführt; im 19. und frühen 20. Jdht. war es nur noch in jedem dritten Jahr, seit längerem liegen wir bei Null. Die Lebenserwartung hat sich weltweit fast überall kontinuierlich erhöht, der Anteil der absolut Armen ist erheblich zurückgegangen. In manchen ländlichen Gegenden Indiens gab es noch in den fünfziger Jahren des 20. Jdhts. kaum eine Frau mit Schulbildung, heute gehen dort fast alle Mädchen zur Schule.

Natürlich wissen auch die Optimisten, dass der Fortschritt höchst ungleich verteilt und noch viel zu verbessern ist. Zu kurz kommt allerdings bei ihnen, dass aufsteigenden Tendenzen

auch wieder abbrechen können und extreme Ereignisse zwar sehr selten sind, dafür aber umso katastrophaler ausfallen. Immerhin endet ein Bericht über einen Vortrag des kanadischen Psychologen Steven Pinker Ende Oktober 2018 in Frankfurt am Main mit einem Hinweis auf Theodor W. Adorno, einem von Pinkers Antipoden, der dem Fortschrittsdenken der Aufklärung sehr viel kritischer gegenüberstand. Die instrumentelle Vernunft, insbesondere der technische Fortschritt, enthält eben auch das Risiko der Selbstvernichtung des »homo sapiens«. In diesem Zusammenhang wäre noch auf eine andere psychologische Tendenz hinzuweisen, die nicht zu der verbreiteten Überbewertung negativer Nachrichten passt. Manchmal werden Gefahren auch verdrängt, weil sie Ohnmachtsgefühle verstärken, weil die individuellen Möglichkeiten, sie zu entschärfen, für sich genommen kaum ins Gewicht fallen oder weil die erforderlichen Eingriffe in etablierte Gewohnheiten als zu massiv erscheinen. Gerade der Klimawandel wäre ein schwerwiegendes aktuelles Beispiel dafür.

In einer neuen Studie über das Ende des humanistischen Optimismus, der die Geschichte des Westens in den letzten drei oder vier Jahrhunderten dominiert habe, kommen die Philosophin Deborah Danowski und der Anthropologe Eduardo Viveiros de Castro zu dem Ergebnis, dass die Ambivalenzen des Fortschritts und damit auch die Risiken und Fehlentwicklungen der Moderne nicht erst mit der industriellen Revolution beginnen, sondern mit der Eroberung Amerikas durch die Europäer; mit der Tötung und Ermordung von Millionen Indigener und der Zerstörung ihrer an die Natur angepassten Lebensform. Der Untergang der vom Westen geprägten Zivilisation lasse sich wenn überhaupt dann nur noch durch einen Wechsel vom Anthropozentrismus zum Anthropomorphismus verhindern. Das hieße, wieder zu lernen, die Natur nicht mehr als Objekt sondern als Subjekt zu begreifen.⁸

⁸ Vgl. dazu die Rezension von Christian Schwägerl, *Auswege für uns Post-Apokalyptiker: Soll die Menschheit das Weltall besiedeln oder doch lieber versuchen, die Erde zu retten? Zwei ganz unterschiedliche Bücher wägen Szenarien des Untergangs ab*, FAZ vom 4. Mai 2019, S. 12. Das Buch der genannten Autorin und des genannten Autors heißt: *„In welcher Welt leben?“ Ein Versuch über die Angst vor dem Ende*, Berlin 2019.